Kann es Gutes im Schlechten geben?

Warum die Kampagne „Steuer gegen Armut“ für HumanwirtschaftlerInnen eine Herausforderung bedeutet

Pat Christ

Alarmierende Armut: Nach Angaben von Sozialverbänden ist derzeit in Deutschland bereits jeder achte Rentner armutsgefährdet, die Kinderarmutsquote liegt in manchen Bundesländern bei fast 30 Prozent. Foto: Pat Christ

0,05 Prozent, soviel sollen Finanztitelhändler nach dem Willen der Kampagne „Steuer gegen Armut“ künftig für Transaktionen aufwenden. 66.000 Menschen unterschrieben die Kampagnenpetition inzwischen. Bis zu 100.000 Unterschriften will die Evangelische Landeskirche Bayern für eine weitere Petition an den G20-Gipfel im November sammeln. Viel Power wird also mobilisiert. Dennoch bleibt die Forderung umstritten: Wie sinnvoll und gut ist eine Steuer auf finanzielle Transaktionen, die per se sinnlos und schlecht sind?

Nach Überzeugung der Kampagnenmitglieder würden hochspekulative Geschäfte unrentabel, müssten „Kasinokapitalisten“ eine Transaktionssteuer berappen. *„Somit erzeugt die Finanztransaktionssteuer eine gezielte Lenkungswirkung auf den Finanzmärkten, da besonders kurzfristige, auf Schnelligkeit ausgerichtete Spekulationen ohne Nutzen für das globale Gemeinwesen verteuert und damit unattraktiv werden. Hierzu zählen vor allem die Spekulanten im Bereich des Hochfrequenz-Computerhandels, bei dem nur hohe Gewinne zählen und der Wert einer Anlage komplett von der Wirklichkeit losgekoppelt ist“*, heißt es.

Zur Kampagnenphilosophie erklärt der Jesuitenpater Dr. Jörg Alt gegenüber der HUMANEN WIRTSCHAFT: *„Es steht für mich außer Zweifel dass das gegenwärtige Weltfinanzsystem Armut schafft. Aber das ist nichts Neues, denn die Verschuldungssituation armer Länder ist seit vielen Jahren bekannt. Die Lage hat sich aber zunehmend verschärft, weil der Finanzsektor im Zuge der Deregulierung, der Entwicklung neuer Produkte und anderer, zum Teil durch die Politik geförderter Fehlentwicklungen zunehmend zu einer eigenen Verdienstquelle wird und sich von seinem ursprünglichen Zweck, nämlich der Realwirtschaft zu dienen und diese zu fördern, entfernt.“*

Für Alt ist unschwer einzusehen, dass die automatische Verzinsung von Kapital eine der wesentlichsten Ursachen für die alarmierende Armut auf der Welt ist. Gleichzeitig vermag der Moderator der Kampagne „Steuer gegen Armut“ nicht zu glauben, dass das Geld- und Finanzsystem in absehbarer Zeit „auf ethische Füße“ gestellt werden kann. *„Ich bin Pragmatiker“*, erklärt uns das Mitglied der Jesuitenmission. Angesichts offensichtlicher Missstände in dieser Welt sieht er sich vor die Frage gestellt: *„Wir haben ein Problem – was können wir praktisch und mit Aussicht auf Erfolg dagegen unternehmen?“* Seine Antwort: *„Dem Finanzsystem wenigstens wieder gewisse Regeln auferlegen.“*

Regionales Zahlungsmittel

Bisher zeigte allerdings die Erfahrung, dass die unermüdlich neue Produkte schöpfende Finanzindustrie neue Regeln mit immer neuer Finesse zu umgehen weiß.

Eben dies sieht auch Jörg Alt so. Aus genau diesem Grund fühlten sich die Politik und überhaupt alle demokratischen Instanzen hilflos. Was immer sie tun, sie beißen letztlich auf Granit. Allein aus psychologischen Gründen sei es darum von großer Bedeutung, könnte endlich zumindest ein kleiner Regulierungsschritt in Form der Transaktionssteuer durchgesetzt werden: *„Politik und Gesellschaft würden realisieren: ‚Wir sind nicht hilflos!' Dadurch würde Zuversicht und Entschlossenheit wachsen, auch Weitergehendes zu unternehmen."*

Auch Alt will letztlich die Gelüste von Mächtigen nach mehr und immer mehr durch Verzinsung, Spekulation und andere leistungslose Methoden der Geld- und Machtvermehrung verhindern. Der Finanzsektor, fordert er, müsse wieder eine dienende Rolle gegenüber der Realwirtschaft einnehmen. Der Gier „gewisser Akteure" sollten klare Grenzen vorgeschoben werden. In der Einschätzung, welches der richtige Weg ist, divergieren HumanwirtschaftlerInnen und die Befürworter der Kampagne „Steuer gegen Armut" allerdings beträchtlich. Alt sagt: *„Das Ideale ist oft der Feind des Möglichen."* HumanwirtschaftlerInnen warnen davor, Gutes im offensichtlich Schlechten zu tun.

Es wäre ja auch, zum Vergleich, absurd, dreisten Dieben, die am helllichten Tage einen Mitmenschen um sein Eigentum bringen, mit einer Steuer zu belegen, die über administrative Umwege dem Bestohlenen am Ende zum Teil wieder zugute käme. Ebenso absurd ist es aus humanwirtschaftlicher Sicht, diejenigen, die globale Krisen verursachen, für Absatzflauten sorgen, Millionen Menschen die Existenzgrundlage entziehen und verhindern, dass Abermillionen Verarmte der Armut entrinnen, lediglich zu besteuern. Auf Basis des gegenwärtigen Geldsystems sind Krisen mit all ihren katastrophalen Folgen schlicht unvermeidlich. Krisensymptome lediglich abzufedern, reicht daher nicht.

Aus „illegal" wurde allmählich „legal"

Was die Hilflosigkeit der Politik anbelangt, bleibt zu bedenken, dass ja heute all das völlig legal ist, was einst undenkbar, da illegal war – jedoch von der Politik legalisiert wurde. 1999 etwa wurde die Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Aktienpaketen bei Kapitalgesellschaften abgeschafft. Das Vierte Finanzmarktförderungsgesetz der rot-grünen Regierungskoalition vom Juni 2002 und das Investmentmodernisierungsgesetz von 2003 legalisierten die Spekulationsmöglichkeiten für Kapitalanlegegesellschaften in erweitertem Umfang. Möglich wurde damit auch, außerhalb der Bankbilanzen Zweckgesellschaften zur Abwicklung von Geschäfte mit hochspekulativen Derivaten zu gründen.

Die Fixierung auf eine Finanztransaktionssteuer ohne gleichzeitige Verweise auf die Geldordnung als Hauptverursacherin globaler Nöte erschwert eine klarsichtige Analyse des Phänomens „Armut" in einer Welt, in der es eigentlich genug für alle gäbe. *„Industriestaaten brauchten Billionen von Dollars, um die Folgen der weltweiten Krise abzufedern und haben ihre Haushalte auf Jahrzehnte, wenn nicht auf Generationen hin verschuldet"*, konstatiert die Kampagne „Steuer gegen Armut" richtig. Der Finanzsektor, der, was nicht erwähnt wird, an der billionenschweren Staatsverschuldung massiv verdient, soll jedoch nur an der Bestreitung der Krisenfolgekosten „beteiligt" werden.

Für HumanwirtschaftlerInnen wäre es also keine allzu frohe Kunde, würde es gelingen, Profiteure unseres Finanzsystems durch eine Steuer auf finanzielle Transaktionen ein wenig zu schröpfen. Selbst wenn dies laut den Kampagnenbefürwortern vermutlich „Milliardensummen" einbrächte. Die herrschende Geldordnung würde diese Milliarden im Nu auffressen. Allein die deutschen Kreditmarktschulden von Bund, Ländern und Gemeinden sowie die staatlichen „Bad Bank"-Schulden der ersten Abwicklungsanstalt („Bad Bank" der WestLB) und der FMS Wertmanagement („Bad Bank" der HRE) werden laut dem Bund der Steuerzahler am Jahresende rund 1.998 Milliarden Euro betragen.

Jeder fünfte Euro für Schuldenzinsen

Die Masse der Staatsschulden erhöht sich auf rund 2.070 Milliarden, nimmt man noch die kurzfristigen Kassenkredite der öffentlichen Hand hinzu. Der Bund der Steuerzahler: *„Mitte 2010 war der Staat mit rund 470 Milliarden Euro bei Kreditinstituten und mit rund 894 Milliarden Euro im Ausland verschuldet. Daneben haben Privatleute, Sozialversicherungen, Bausparkassen und Versicherungen dem Staat Kapital in Höhe von rund 320 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt."* Was bedeutet: *„Der Staat muss heute jeden achten Euro, den er durch Steuern einnimmt, für Schuldzinsen ausgeben; der Bund sogar jeden fünften."* Erhöhen sich die Zinssätze, kostet der Schuldendienst noch mehr.

Im Vergleich hierzu nehmen sich die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer nahezu marginal aus. Nach Angaben des Grünen Bundestagsabgeordne-

ten Sven-Christian Kindler könnten hierdurch weltweit rund 500 Milliarden Euro generiert werden – global also gerade einmal jene Summe, die allein Deutschland verschiedenen Gläubigern schuldet. Kindler: *„An deutschen Börsen werden im Jahr rund 163 Billionen umgesetzt, so dass hier eine Finanztransaktionssteuer von 0,05 Prozent dem Staat pro Jahr 27 Milliarden Euro einbringen würde."*

Viel Power für letztlich wenig Geld – unter alternativloser Beibehaltung einer Geld- und Wirtschaftsform, an deren „Wahnsinn" letztlich kein Zweifel besteht. Selbst ein Fachmann wie Professor Dr. Rudolf Hickel vom Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw) spricht von *„Spekulationswahn"*. In seiner Stellungnahme zur „Öffentlichen Anhörung zur Finanztransaktionssteuer" im Finanzausschuss des Bundestags am 17. Mai 2010 erklärte er dennoch, die Finanztransaktionssteuer sei *„ein wichtiges Instrument zur Reduzierung des Spekulationswahns"*. Allerdings müsse sie durch Regulierungsmaßnahmen wie Verbote und Einschränkung von Spekulationsinstrumenten ergänzt werden.

Wie viele Ressourcen stünden einem seelisch kranken Menschen zur Verfügung, könnte er von seinem krankhaften Wahn befreit werden. Wie viele Ressourcen hätte eine Gesellschaft, wäre sie vom Wahn der Spekulation erlöst. Einen Wahnsinnigen durch Herumdoktern ein bisschen weniger wahnsinnig zu machen, bringt so gut wie nichts. Therapeutisches Ziel muss die Heilung vom Wahn bleiben. Was die Transaktionssteuer betrifft, bleibt davor zu warnen, dass der Wahnsinn der globalen Spekulationstätigkeit in seiner per Steuer marginal abgemilderten Form am Ende akzeptiert wird. Statt gefährliche Spekulationen um des schnellen Geldes willen prinzipiell zu verbieten.

Die Erfahrung, bei den Finanzmächtigen immer wieder auf Granit zu beißen, frustriert Politiker und NGOs. Erfolge wären notwendig, um die Hoffnung nicht zu verlieren. Doch was ist der richtige Weg? Foto: Pat Christ

Wären Griechenland und andere Staaten weniger schutzlos dem Spekulationswahn ausgeliefert, würde es eine Transaktionssteuer geben? Könnten die Milleniumsziele mit einer Finanztransaktionssteuer erreicht werden? Wohl eher nicht. Das wissen auch die Kampagnenmitglieder. Schreiben sie doch in ihrem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel, Horst Seehofer und Guido Westwelle zum Kampagnenstart im Oktober 2009: *„Mehrfach seit Anfang der 1970er Jahre war Spekulation bereits Mit-Ursache von Finanz- und Bankenkrisen. Spekulation war auch mitverantwortlich für die globale Nahrungsmittel- und Rohstoffkrise 2008 sowie die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise."*

Wohin soll also eine – dem Gemeinwohl dienende – Steuer auf eine zutiefst das Gemeinwohl gefährdende Handlung führen?

HUMANE WIRTSCHAFT

Zur Autorin
Pat Christ

Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener".

Archiv für Geld- und Bodenreform

Sondersammlung in der Bibliothek der Carl von Ossietzky-Universität

Uhlhornsweg 49-55, 26129 Oldenburg
Raum B 232 im Saal 6 auf der Ebene 2

Kontakt:
Werner Onken, Dipl.-Ökonom
Salbeistr. 27, 26129 Oldenburg
Fon: 0441 – 36 111 797
eMail: onken@sozialoekonomie.info
Web: www.sozialoekonomie.info